

**amtliche Bekanntmachung**



## AMTSGERICHT ESSEN

### BESCHLUSS

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 12.03.2021, 13.00 Uhr,**

**im Amtsgericht Essen, Zweigertstraße 52, I.Stock (gelber Bereich), Saal 182**

das Wohnungs- und Teileigentum, eingetragen im Wohnungsgrundbuch und Teileigentumsgrundbuch von Frohnhausen A) Blatt 5800 und B) Blatt 5850

Grundbuchbezeichnung:

A) lfd. Nr. 1 BV: 2.992/100.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frohnhausen, Flur 9, Flurstück 285, Gebäude- und Freifläche, Kerckhoffstraße 133, 135, Archenholzstraße 8, 10, Größe: 13,70 a, verbunden mit dem Sondereigentum Nr. 9 des Aufteilungsplans,

B) lfd. Nr. 1 BV: 167/100.000 Miteigentumsanteil an dem unter A) bezeichneten Grundstück, verbunden mit dem Sondereigentum Nr. XXXII des Aufteilungsplans,

die in Essen-Frohnhausen gelegen sind, versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich zu A) um eine 3,5-Zimmerwohnung mit rd. 70 m<sup>2</sup> WF, mit KDB, Balkon im 2. OG li. des Hauses Kerckhoffstr. 135; 1 Kellerraum und zu B) um einen Tiefgaragenstellplatz. BJ: 2000,2001

Der Versteigerungsvermerk ist jeweils in das genannte Grundbuch am 14.01.20 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG auf A) 119.000,00 €, B) 13.000,00 €, insgesamt 132.000,00 € festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht.

Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Essen, 06.11.20